

III-32 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

19. Okt. 1966

Bericht

der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung
des Europarates über die XVII. Sitzungsperiode

Einleitung

Der in Straßburg beheimatete Europarat beruht auf dem Grundsatz der Zusammenarbeit der Staaten, nicht der Integration, und stellt insofern unter den seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstandenen, europäischen Organisationen eines der lockersten Gebilde dar. Sein Strukturprinzip hat jedoch dieses Forum des Gedankenaustausches zwischen den Regierungen und den Parlamentariern zum wichtigsten institutionellen Band gemacht, das auch noch in der Ära der Integrationsbestrebungen alle freien und demokratischen Staaten Europas über alle bestehenden wirtschaftlichen und politischen Spaltungen hinweg vereint. Neben der Ausstrahlung der Debatte im Ministerrat und in der Europaratsversammlung (Beratende Versammlung des Europarates) auf die öffentliche Meinung bilden die Ausarbeitung und der Abschluß europäischer Übereinkommen den wesentlichen Beitrag des Europarates zur europäischen Integration.

Der einzige Weg, der dem Europarat zu diesem Ziel offensteht, ist der der Überzeugung der Mitgliedstaaten von der Richtigkeit, ja Notwendigkeit des Abschlusses von Übereinkommen. Vorstöße hiezu können sowohl vom Ministerrat wie von der Europaratsversammlung ausgehen. Die von den Experten ausgearbeiteten Entwürfe wandern zwischen den beiden Organen hin und her, bis eine Formel des Kompromisses gefunden worden ist, die die Wünsche der Versammlung soweit wie möglich und die Auffassungen der Regierungen maximal berücksichtigt. Dann werden die Abkommen im Ministerrat zur Unterzeichnung aufgelegt, womit die Außenminister in der Regel die Verpflichtung übernehmen, das Übereinkommen durch die Regierung den nationalen gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifikation vorzulegen.

Im Berichtsjahr tritt das Bemühen des Europarates um eine neue Orientierung als besonders bedeutungsvoll hervor. Dieses Bemühen fand in der Rede, die der Generalsekretär Peter Smithers im Mai 1965 vor der Versammlung hielt, eine konkrete Formulierung. Er entwarf neue Perspektiven für die Europaratsarbeit und schlug dabei folgende Zielsetzungen vor:

- Förderung der Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten auf sozialem, rechtlichem, erzieherischem und kulturellem Gebiet, so-

weit diese Zusammenarbeit auf beiden Seiten gewünscht wird.

- Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Fachorganisationen durch einen konstruktiven europäischen Beitrag in den oben genannten Gebieten im Hinblick auf eine bessere Weltordnung.

Eingeleitet wurden diese neuen Tendenzen bereits im Dezember 1964, als das Ministerkomitee sich mit der Entwicklung der Lage in den Ländern Osteuropas befaßte und zur Auffassung gelangte, daß die gegenwärtige Entspannung in den Ost-West-Beziehungen Möglichkeiten zu vielfältigen Kontaktnahmen böten, die auch vom Europarat genutzt werden sollten.

Von besonderer Bedeutung ist das ständige Ringen der Europaratsversammlung zur Beseitigung der Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke. Pflimlin betonte in der Pressekonferenz, die seine Amtsperiode abschloß, daß die Initiative von Duncan Sandys zur Erweiterung der EWG und den eventuellen Anschluß der EFTA-Länder eine entscheidende Etappe in der Geschichte der Europaratsversammlung darstelle.

Zu den zur Tradition gewordenen informellen Tagungen der Parlamentarier der EFTA-Länder ist noch ein ständiger Kontakt der neutralen Staaten getreten.

Mit Beginn der XVII. Sitzungsperiode nahmen erstmalig maltesische Parlamentarier an einer Sitzung der Europaratsversammlung teil, nachdem Malta am 29. April 1965 achtzehnter Mitgliedstaat des Europarates wurde. Durch den Beitritt Maltas zum Europarat hat sich die Zahl der Sitze der Europaratsversammlung von 144 auf 147 erhöht.

Als Präsident wurde — es lag nur eine Kandidatur vor — Pierre Pflimlin wiedergewählt.

An der Maitagung der XVII. Sitzungsperiode nahm eine Delegation von amerikanischen Kongreßmitgliedern teil, vier Vertreter des Repräsentantenhauses, darunter Wayne L. Hays und drei Abgeordnete des amerikanischen Senats, darunter der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses William F. Fulbright. Damit hatte das Anliegen eines atlantischen parlamentarischen Gespräches eine konkrete und erfreuliche Erfüllung erfahren, das in einer ganz entscheidenden Weise dem besseren Verständnis der Anliegen und Bestrebungen der beiden großen Partner Europa und USA dient.

Zum erstenmal wurde am 5. Mai 1965 der vom Ministerkomitee am 31. Oktober 1964 beschlossene Europatag gefeiert. Die Europäische Bewegung wollte die Bedeutung dieses Tages durch die Übergabe einer Büste Sir Winston Churchills an den Europarat noch besonders unterstreichen. Zur Eröffnung der Festsitzung der Europaratsversammlung begrüßte daher Präsident Pflimlin die Delegation der Europäischen Bewegung und erteilte dessen Präsidenten und ehemaligen französischen Minister, Maurice Faure, das Wort.

Maurice Faure erinnerte an die großen Etappen dieses Weges nach Europa, Churchills Erklärung noch während des Krieges, seine berühmte Rede von Zürich, die Schaffung der britischen Sektion einer Bewegung für das Vereinte Europa, und seinen entscheidenden Beitrag zur Einsetzung des Koordinationskomitees der europäischen Bewegungen, das die Grundlage der jetzigen Europäischen Bewegung und der Initiator des Haager Kongresses von 1948 war. Er stand auch hinter der Forderung jenes Kongresses nach einer europäischen Versammlung, einer Forderung, die zur Einsetzung dieser Europaratsversammlung führte. Winston Churchill war dann selbst dynamisches Mitglied dieser Versammlung, der sich nicht bloß mit Entscheidlichkeit für eine rasche Einigung Europas, sondern auch für einen gleichberechtigten Einschluß Deutschlands in dieses Einigungswerk einsetzte.

Bekanntlich fand der „Europakongress“, zu dessen bedeutendsten Entscheidungen die Gründung des Europarates gehörte, 1948 in Den Haag statt. Österreich war bei diesem Kongress durch eine größere Delegation unter Führung von Minister Ludwig vertreten. Auf dem Haager Kongress wurde auch beschlossen, in jedem Land einen nationalen Rat der Europäischen Bewegung zu schaffen. In Österreich besteht dieser nationale Rat seit 1948. Die Vorsitzenden sind Minister a. D. Ludwig und Vizekanzler a. D. Nationalrat DDr. Pittermann. In Österreich mußte die Konstruktion etwas anders aussehen als in anderen Ländern, denn Österreich war zu diesem Zeitpunkt ja noch vierfach besetztes Land. So wurde in Österreich statt einer privaten Organisation eine offiziöse Organisation geschaffen, die den Namen Österreichischer Parlamentarischer Rat der Europa-Bewegung trägt.

Am 16. April 1966 waren es zehn Jahre, daß Österreich dem Europarat beigetreten ist, wohl war Österreich bereits bei der ersten Sitzung des Europarates im August 1949 in der Aula der Straßburger Universität durch Minister Ludwig als Beobachter vertreten. Minister Ludwig hat damals im Namen der österreichischen parlamentarischen Körperschaften an den Vorsitzenden des provisorischen Europäischen Parlaments Edouard Herriot eine Botschaft gerichtet, in der

er dem Europarat die herzlichsten Wünsche für das Gelingen seiner Arbeiten übermittelte.

An den Feiern zum zehnten Jahrestag des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1965 nahm auch der Präsident der Europaratsversammlung, Pierre Pflimlin, sowie der Generalsekretär des Europarates, Peter Smithers, teil. Der Text der Rede des Präsidenten der Europaratsversammlung wird im Annex im Wortlaut wiedergegeben.

A

In der Zeit vom 26. Juni bis 19. September 1965 fand in Aachen die zehnte Europaratsausstellung Karl der Große — Werk und Wirkung statt. Der Generalsekretär des Europarates erinnerte in seiner Eröffnungsrede an die Zielsetzung dieser Ausstellungsreihe, die darin besteht, europäische Kunst als eine Einheit vor Augen zu führen, die von den politischen Grenzen unseres erschütterten Kontinents nicht berührt wird. Der Rat für kulturelle Zusammenarbeit (Conseil de la Cooperation Culturelle), ein Organ des Europarates, hielt vom 31. Mai bis 4. Juni 1965 in Straßburg seine achte Sitzung unter dem Vorsitz von Botschafter Dr. Kurt Franz von Graevenitz ab. Die achtzehn Mitgliedstaaten des Europarates und die zwei weiteren Unterzeichnerstaaten der Kulturkonvention (Spanien und Heiliger Stuhl) hatten insgesamt etwa sechzig Vertreter entsandt. Die Aufgabe des Kulturrates (CCC) ist eine doppelte: Er bereitet die durch das Ministerkomitee des Europarates zu fassenden Beschlüsse vor und legt ihm die dazugehörigen Elemente einer solchen Politik vor. Zum zweiten hat er das gemäß dieser Beschlüsse festgelegte kulturelle Arbeitsprogramm zur Durchführung zu bringen. Er übt eine koordinierende Tätigkeit hinsichtlich der ihm zugeordneten ständigen Komitees und anderer Arbeitsgruppen aus und verteilt unter sie die Finanzmittel des Kulturfonds. Die kulturellen Angelegenheiten haben im Arbeitsbereich des Europarates in den letzten Jahren eine wachsende Bedeutung bekommen. Diese neue Orientierung hat mit der Einsetzung des Rates für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) am 1. Jänner 1962 begonnen.

Am 10. November 1965 unterzeichneten Prinz Bernhard der Niederlande und der Generalsekretär des Europarates Peter Smithers im Soestijkpalast eine neue Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Kulturfonds des Europarates mit der Europäischen Kulturstiftung. Durch diese Vereinbarung sollen in Zukunft Überschneidungen in der Tätigkeit der beiden Organe vermieden werden.

Am 6. und 7. Oktober tagte in Straßburg das internationale Komitee des Europäischen Schultags abwechselnd unter dem Vorsitz seiner beiden Vizepräsidenten. Der Europäische Schultag wurde

im Jahre 1953 in Frankreich auf Initiative europäischer Persönlichkeiten auf einer überparteilichen und überkonfessionellen Basis gegründet. Gleich nach seiner Gründung haben sich seine Tätigkeiten schnell in anderen europäischen Ländern im Rahmen der Europäischen Jugendkampagne ausgedehnt. Sinn und Ziel des Europäischen Schultages ist, mit Hilfe der Lehrerschaft das europäische Bewußtsein unter der Schuljugend zu wecken und zu fördern; das Verständnis für die Einheit und die Bedeutung des geistigen Erbgutes unseres Kontinents zu vertiefen; die Jugend auf die Gemeinsamkeit von Schicksal und Zukunft der europäischen Völker aufmerksam zu machen; das Interesse für europäische kulturelle, wirtschaftliche und soziale Fragen zu fördern.

Am 28. September 1965 fand die feierliche Eröffnung des Palais der Menschenrechte in Straßburg statt. Das Gebäude wurde von der Stadt Straßburg für den Europarat errichtet.

Das Generalsekretariat des Europarates veranstaltete gemeinsam mit der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und mit Unterstützung der österreichischen Regierung im Kongresszentrum der Wiener Hofburg ein Kolloquium über die Europäische Menschenrechtskonvention, das am 18. Oktober 1965 mit Ansprachen des Herrn Bundeskanzlers Doktor Klaus und des Generalsekretärs des Europarates, Smithers, vom Dekan der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Professor Dr. Winkler, eröffnet wurde und bis 20. Oktober 1965 dauerte.

Am 22. Juni verstarb unerwartet Barthold Stürgkh. Er gehörte seit 1952 der österreichischen Delegation an, die damals noch Beobachterstatus hatte. Im Jahre 1957 wurde er zum Vizepräsidenten der Europaratsversammlung und 1963 zum Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses gewählt. Seine letzten Bemühungen galten der Ergänzung der Europäischen Sozial-Charta durch ein Zusatzprotokoll zugunsten der in landwirtschaftlichen Betrieben arbeitenden Menschen. Die österreichische Delegation beim Europarat hielt am 23. Juni in Wien in Anwesenheit von Außenminister Dr. Kreisky eine Trauersitzung ab und gedachte ihres verstorbenen Mitgliedes. Präsident Pflimlin betonte in seinem Nachruf, daß Barthold Stürgkh durch seine starke persönliche Ausstrahlung überall Anerkennung und Sympathie gefunden habe.

Das System des Europarates, so sagte Levy, ehemaliger Direktor des Informationsdienstes des Europarates, in einem Aufsatz, hat zwar den Nachteil, daß die Übereinstimmung aller Beteiligten nur über Kompromisse eingeholt werden kann, es hat aber den großen Vorteil, daß es sich der vielfältigen Struktur der Mitgliedsländer sehr geschmeidig anpassen kann.

Diesem Fünften Bericht der österreichischen Delegation zur Europaratsversammlung über die XVII. Sitzungsperiode sind Auszüge aus Reden der österreichischen Abgeordneten beigeslossen. Ebenfalls im Anhang findet sich ein Verzeichnis der in der XVII. Sitzungsperiode stattgefundenen Kommissionssitzungen sowie eine Übersicht der österreichischen Teilnahme in denselben, ebenso Inhaltsangaben der angenommenen Empfehlungen und Entschließungen.

In der XVII. Sitzungsperiode waren folgende Abgeordnete Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarates:

Ordentliche Mitglieder:	Ersatz- mitglieder:
Czernetz Karl	Firnberg Hertha
Mark Karl	Gratz Leopold
Römer Albert	Kos Wilhelm
Stürgkh Barthold	Kranzlmayr Otto
Tončić-Sorinj Lujo	Reichl Josef
Winter Otto	Weiss Ludwig

Durch das am 22. Juni 1965 erfolgte Ableben von Barthold Stürgkh trat im zweiten Teil der XVII. Sitzungsperiode Otto Kranzlmayr an seine Stelle. Die vakante Stelle eines Ersatzmitgliedes wurde am 4. November 1965 durch Alois Leitner besetzt.

Die XVII. Sitzungsperiode

umfaßt den Zeitraum vom 3. Mai 1965 bis 1. Mai 1966. Sie zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 3. Mai 1965 bis 7. Mai 1965,
2. Teil vom 27. September 1965 bis 1. Oktober 1965,
3. Teil vom 24. Jänner 1966 bis 28. Jänner 1966.

In den zwölf Ausschüssen der Europaratsversammlung hatten Österreicher folgende Funktionen:

Lujo Tončić-Sorinj als Vizepräsident des Politischen Ausschusses;

Karl Mark als Vizepräsident des Kultur- und Wissenschaftsausschusses und damit Mitglied des CCC (Conseil de la Cooperation Culturelle);

Barthold Stürkh als Präsident des Landwirtschaftsausschusses;

Karl Czernetz als Präsident der Ständigen Arbeitsgruppe für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

In den Fraktionen bekleidete Karl Czernetz die Funktion des Vorsitzenden der Sozialistischen Gruppe,

Lujo Tončić-Sorinj die des Generalsekretärs der Christlich-Demokratischen Gruppe.

1. Teil der XVII. Sitzungsperiode

I. Politische Fragen

Der politische Bericht wurde von Finn Moe (Norwegen) vorgelegt;

er befaßte sich vor allem mit dem Problemkreis der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Berichterstatter glaubte schließlich die überwältigende Meinung der Versammlung zusammenfassen zu können, indem er sagte, daß enge Verbindungen mit den Vereinigten Staaten nicht bloß eine Notwendigkeit in der gegenwärtigen Weltsituation sind, sondern zugleich auch einen Weg zu einer besseren Weltordnung eröffnen.

Zur Situation der jüdischen Gemeinschaften in der Sowjetunion legte im Rahmen der politischen Debatte Georges Margue (Luxemburg), einen Bericht des Politischen Ausschusses vor, in dem die Forderung nach einer größeren Freiheit der Religionsausübung für alle Länder erhoben wurde. Die diesbezüglichen Entschließungen betreffend die allgemeine Politik des Europarates und über die Lage der jüdischen Gemeinschaften in der UdSSR wurden mit Handzeichen angenommen.

II. Wirtschaftsfragen

Nach der Vorlage des dritten Jahresberichtes der OECD durch das Mitglied der britischen Regierung, Staatsminister Lord Champion, legte B Karl Czernetz namens des Wirtschaftsausschusses einen Bericht über die europäischen und atlantischen Wirtschaftsprobleme der Versammlung vor.

Nach kurzer Debatte über drei Zusatzanträge und nach Annahme von zwei neuen Formulierungen wurde die Entschließung betreffend Antwort auf den dritten Bericht der OECD an den Europarat mit Handzeichen angenommen und 424 die Empfehlung der europäischen und atlantischen Wirtschaftsprobleme einstimmig angenommen.

12. Gemeinsame Tagung der Europaratsversammlung mit dem Europäischen Parlament

Zum zwölftenmal tagten die Vertreter der beiden europäischen Versammlungen abwechselnd unter dem Vorsitz des neu gewählten Präsidenten des Europäischen Parlaments, des belgischen christlich-demokratischen Senators Viktor Leemans und des Präsidenten der Europaratsversammlung, des französischen MRP-Abgeordneten Pierre Pflimlin.

Nach der seit einigen Jahren gepflegten Tradition wird jede Tagung einem einzelnen Fragenkreis gewidmet, der beide Versammlungen interessiert. Das diesjährige Gesamtthema war die Frage des Ost-West-Handels. Zu Beginn der Generaldebatte sprach der Präsident der EWG-

Kommission, Professor Hallstein; er begrüßte es, daß es der Kommission vergönnt sei, an der Gemeinsamen Debatte der beiden großen europäischen Versammlungen teilnehmen zu dürfen.

In der Generaldebatte sprach von Österreich Karl Czernetz. C

2. Teil der XVII. Sitzungsperiode

Vor Beginn der politischen Debatte legte Sir Geoffrey de Freitas, Vizepräsident der Europaratsversammlung, den Tätigkeitsbericht des Präsidiums des Ständigen Ausschusses und der Ständigen Arbeitsgruppe für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit vor. Als besondere Punkte hob er die Teilnahme des belgischen Premierministers Harmel sowie des Außenministers von Senegal, Doudou Thiam, an dieser Sitzung der Europaratsversammlung hervor.

I. Politische Fragen

Im Rahmen der politischen Debatte lag der Versammlung ein Bericht von Maurice Edelman (Großbritannien) vor; ferner ein Dokument über die Schaffung eines Regionalsystems zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedsländern der Versammlung, das von Dr. Lujo Tončić-Sorinj unterbreitet wurde. D

Die diesbezüglichen Empfehlungsanträge betreffend die allgemeine Europaratspolitik und betreffend die Schaffung eines Regionalsystems zur Beilegung von Streitfällen zwischen Mitgliedsländern des Europarates wurden angenommen. 425
426

II. Wirtschaftsfragen

Die Wirtschaftsdebatte, die zum Teil bereits durch die Debatte der Gemeinsamen Tagung über Ost-West-Handel vorweggenommen war, befaßte sich im wesentlichen mit einer Reihe von Tätigkeitsberichten internationaler Organisationen, und zwar:

1. Bericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz;
2. Stellungnahme zum Bericht der Europäischen Zivilluftfahrtkommission;
3. Bericht über Fragen der Konjunkturpolitik;
4. Bericht über die Wirtschaftslage der Türkei;
5. Jahresbericht der EFTA und Stellungnahme der Versammlung;
6. Bericht über die europäischen Wirtschaftsbeziehungen;
7. Das GATT und die Frage der provisorischen Handelsabkommen.

Betreffend die europäischen Wirtschaftsbeziehungen nahm die Versammlung eine Entschließung und betreffend den Ost-West-Handel eine Empfehlung an. 300
430

E Zum Bericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz ergriff Ludwig Weiß das Wort. Ferner sprach in der Wirtschaftsdebatte **F** unter anderem Karl Czernetz.

III. Kulturfragen

Im Rahmen der Kulturdebatte berichtet alljährlich der Präsident des CCC über die Tätigkeit des Rates für kulturelle Zusammenarbeit. Den Bericht des Kultur- und Wissenschaftsausschusses legte dessen Vorsitzender, Vittorio Badini Confalonieri (Italien), über „Entwicklung und Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft“ vor.

Mit der Entschließung 302, die dem Bericht der Kulturkommission beigefügt ist, wurde beschlossen, in den kommenden Jahren den Schwerpunkt der Kultur- und Wissenschaftsarbeit auf eine systematische Erforschung der kommenden Lebensbedingungen in Europa zu legen, um die Entwicklungstendenzen zu erkennen und „Modelle“ einer kommenden Gesellschaft auszuarbeiten, die für den Gesetzgeber richtunggebend sein sollen.

Der Bericht über die Konferenz der Wissenschaftsminister wurde vom Ministerpräsidenten Harmel vorgelegt.

G Über das Arbeitsprogramm des Europarates auf dem Gebiet der Erhaltung und Aufwertung historisch oder künstlerisch wertvoller Stätten sprach Ludwig Weiß als Berichterstatter des Kulturausschusses.

H Probleme der Wissenschaftspolitik wurden von Olivier Reverdin (Schweiz) und Jugendfragen von Karl Mark behandelt.

433 Die Forderungen der Wissenschaftspolitik sind in der Empfehlung 433 enthalten, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

IV. Flüchtlingsfragen

Flüchtlinge in Frankreich;

Anwendung des Asylrechtes auf europäische Flüchtlinge;

Vorlage des neunten Tätigkeitsberichtes des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge;

Bevölkerungsüberschüsse in Europa;

Antwort auf obgenannten neunten Tätigkeitsbericht und

Antrag auf Dringlichkeitsdebatte einer Empfehlung betreffend die cypriotischen Flüchtlinge;

Antwort des Bevölkerungs- und Flüchtlingsausschusses auf den dreizehnten Tätigkeitsbericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge;

Antwort des Bevölkerungs- und Flüchtlingsausschusses auf den zwölften Tätigkeitsbericht

des zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung (ICEM) waren die Themen in der Debatte über Flüchtlingsprobleme.

Hertha Firnberg nahm zum ICEM-Bericht **J** (Zwischenstaatliches Komitee für europäische Auswanderung) über das Jahr 1964 Stellung. Zum Abschluß der Debatte wurde von der Versammlung Empfehlung 445 angenommen. **445**

V. Sozialfragen und Probleme des öffentlichen Gesundheitswesens

Im Anschluß an den Bericht — Krankenschwester, ein Mangelberuf in ganz Europa;

Veranstaltung eines Kolloquiums von Parlamentariern, die für Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens zuständig sind;

Arbeitsprogramm des Europarates im Gesundheitswesen — wurde unter anderem Empfehlung 438 angenommen. **438**

Die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der internationalen Arbeitsorganisationen und

Ratifikation der Europäischen Niederlassungsordnung — bildeten weitere Punkte der Debatte über soziale Fragen.

Schließlich wurde von Augustin Lusser (Schweiz) ein Bericht betreffend Ratifikation der Europäischen Sozial-Charta und des Europäischen Kodex für soziale Sicherheit vorgelegt. Lusser machte gleich eingangs darauf aufmerksam, daß sein Land die beiden oben genannten Konventionen nicht ratifiziert habe, daß man jedoch bedenken möge, daß die Schweiz erst seit zwei Jahren dem Europarat angehöre. Er erwähnte auch, daß der Sozialausschuß sich gegenwärtig mit der vom verstorbenen Barthold Stürgkh angeregten Ausdehnung der Sozial-Charta auf die landwirtschaftlichen Arbeiter befasse.

Die dem Bericht beigelegte Empfehlung wurde **441** von der Versammlung angenommen.

Zum Problem der Süßwasserverschmutzung wurde die Empfehlung 436 einstimmig angenommen; sie enthält:

1. eine Reihe von Grundsätzen zur Bekämpfung der Wasserverschmutzung;

2. eine Einladung an das Ministerkomitee, die Mitgliedsregierungen zu einer koordinierten Aktion gegen die Süßwasserverschmutzung aufzufordern; und eine weitere Einladung an das Ministerkomitee,

a) dem Expertenkomitee für Natur- und Landschaftsschutz,

b) dem Rat für Kulturelle Zusammenarbeit (CCC),

c) dem Generalsekretär

Anweisungen im Hinblick auf die Ausarbeitung und Verbreitung einer Wassercharta zu geben;

3. Im Anhang einen Entwurf für die Grundzüge einer Wassercharta.

3. Teil der XVII. Sitzungsperiode

I. Politische Fragen

Als Berichterstatter des Politischen Ausschusses legte Maurice Edelman (Großbritannien) den Bericht über die allgemeine Politik des Europarates der Versammlung vor.

448 Schließlich wurde ein Empfehlungsantrag mit einem besonderen Zusatz zur Vietnamfrage angenommen. Eine weitere Empfehlung betreffend die wirtschaftliche und politische Einheit Europas wurde nach namentlicher Abstimmung mit 82 Stimmen, 14 Gegenstimmen und 8 Stimmabstimmungen angenommen.

An der Debatte beteiligte sich unter anderen **K** Karl Czernetz.

II. Wirtschafts- und Landwirtschaftsfragen

Im Rahmen der Wirtschaftsdebatte ergriff der norwegische Handelsminister Willoch, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EFTA-Rates, das Wort.

Im Anschluß an den Bericht des Wirtschaftsausschusses erfolgte die einstimmige Annahme der Empfehlung betreffend die europäischen **450** Wirtschaftsbeziehungen.

Der Landwirtschaftsausschuß legte zwei Berichte vor und nahm den Antrag aus dem Bericht über die europäische Landwirtschaftspolitik, **452** Empfehlung 452, einstimmig an.

Schließlich wurde noch ein Bericht zur Frage der Flaggendiskriminierung und der

Jahresbericht der Europäischen Agentur für Kernenergie vorgelegt. Im Rahmen der Landwirtschaftsdebatte gab der Leiter des Welternährungsprogramms, Boerna, eine ausführliche Darstellung.

In der Landwirtschaftsdebatte ergriff unter **L** anderen Josef Reichl das Wort.

III. Rechtsfragen

Die Rechtsdebatte wurde mit einem Exposé des norwegischen Justizministers, Frau Schweigaard-Selmer, über die rechtliche Zusammenarbeit der nordischen Staaten eingeleitet. Daran schlossen sich Ausführungen des britischen „Solicitor general“, Sir Dingle Food, über Großbritannien und die Menschenrechte.

Ausarbeitung einheitlicher Regelungen für Öl- und Gasleitungen. Die Festnahme von Geißeln waren weitere Themen der Rechtsdebatte.

Zu dem Thema

Maßnahmen gegen die Aufwiegelung zum rassischen, nationalen und religiösen Haß sprach **M** unter anderen Karl Mark. Eine diesbezügliche

Empfehlung betreffend die Maßnahmen gegen die Aufhetzung zu Rassen-, National- und Religionshaß wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde die Empfehlung betreffend die einheitliche Auslegung von Verträgen einstimmig angenommen.

Zur Koordination der Forschung über die Rechtssysteme Mittel- und Osteuropas verwies der Berichterstatter Leopold Gratz auf die großen Schwierigkeiten, die sich gegenwärtig einer Koordination der Ostrechtsforschung entgegenstellen.

Der Konventionsentwurf für die extritoriale Anwendung der Kartellgesetze und

Der Sozialschutz der Landwirte und ihrer Familien bildeten den Abschluß der Rechtsdebatte, in der unter anderen Karl Mark das Wort **O** ergriff.

Beilagen

A

Der Text der Rede des Präsidenten der Beratenden Versammlung hatte folgenden Wortlaut:

„Ich möchte der österreichischen Regierung dafür danken, daß sie die Beratende Versammlung des Europarates, in der 18 nationale Parlamente vertreten sind, eingeladen hat, an dieser Feierstunde teilzunehmen. Schon auf einer ihrer ersten Tagungen, im Jahre 1951, hat unsere Versammlung daran erinnert, daß das österreichische Volk zu Europa gehöre und daß die Befreiung Österreichs und die Wiederherstellung seiner vollen Unabhängigkeit eines der ersten Ziele der alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg gewesen war. Das große Ereignis, dessen zehnte Wiederkehr wir heute feiern, hat einen unserer innigsten Wünsche verwirklicht.“

Gestatten Sie mir, den Regierungen zu danken, die mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages eine historische Tat vollbracht haben, die heute noch wie vor zehn Jahren beispielhaft darsteht und den Weg weist, der zu einem völlig und endgültig mit sich selbst versöhnten Europa führen könnte. Auch ich möchte in tiefster Ehrfurcht der edlen Persönlichkeit von Bundeskanzler Figg l gedenken, der mich mit seiner Freundschaft ausgezeichnet hat und dem das Schicksal es verwehrte, mit uns die Vollendung dessen zu feiern, das in sehr großem Maße sein persönliches Werk war.

Unsere Glückwünsche gelten schließlich dem gesamten österreichischen Volke, das durch sein würdiges Verhalten in schwerster Zeit, durch seine nationale Einigkeit und durch seine Liebe zur Freiheit sich die Unabhängigkeit zu verdienten wußte.

Bereits im April 1956 wurde Österreich Mitglied des Europarates. Dieser Beitritt, den wir mit großer Genugtuung begrüßten, war mit dem

Neutralitätsstatus voll und ganz vereinbar. Der Europarat ist weder eine Allianz noch ein Wirtschaftsblock. Von unseren Mitgliedsländern wird keine andere Verpflichtung verlangt als Anerkennung der Vorherrschaft des Rechtes und die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Gründer unseres Rats haben nämlich die neue Institution auf jenen Grundsätzen aufgebaut, deren Mißachtung die Weltkatastrophe heraufbeschworen hatte.

Österreich hat seine Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt. Es hat die vom Europarat ausgearbeitete Menschenrechtskonvention unterzeichnet und Maßnahmen getroffen, damit diese Konvention die größtmögliche Wirksamkeit erhalte: Österreich hat die Zuständigkeit des Straßburger Gerichtshofes für Menschenrechte anerkannt. Die österreichischen Bürger haben die Möglichkeit, bei der Menschenrechtskommission Beschwerden einzulegen, wenn sie der Ansicht sind, daß von der Konvention erlassene Regeln durch die Behörden ihres Landes zu ihrem persönlichen Nachteil verletzt worden sind.

Die Europäische Menschenrechtskonvention gilt in diesem Lande als Verfassungsgesetz, so daß sie auch vor den österreichischen Gerichten angefordert werden kann.

Österreich hat aber auch in vielen anderen Bereichen aktiven Anteil am Werk des Europarates genommen. So hat es bis zur Stunde 15 internationale Vereinbarungen ratifiziert, die im Rahmen unserer Institution ausgearbeitet worden sind und die den Zweck verfolgen, zu der fortschreitenden Einigung Europas auf sozialer, kultureller und juristischer Ebene beizutragen. Damit wurde der Beweis erbracht, daß auch ein neutrales Land, wenn es sich vom Geist internationaler Solidarität leiten läßt, sich in sehr tatkräftiger Weise am gemeinsamen Wirken der europäischen Völker beteiligen kann.

Dieser Geist der Solidarität offenbart sich in besonders eindrucksvoller Weise, seitdem sich in Europa Möglichkeiten der Entspannung und Annäherung der Völker bemerkbar machen. Im vergangenen Januar hat uns Bundeskanzler Dr. Klaus mit seinem Besuch in Straßburg geehrt. In seiner Rede vor unserer Versammlung hat er betont, daß „der wesentliche Beitrag Österreichs zur Entspannung zwischen Ost und West eine Außenpolitik ist, die es sich zum Ziele setzt, in dem gesamten geographischen Raum um seine Grenzen eine Atmosphäre des Friedens zu schaffen“.

Es ist offenkundig, daß Österreich nach so viel Leid und Bitternis zu einer historischen Mission berufen ist, der für ganz Europa die größte Bedeutung zukommt; gemäß seiner vornehmsten historischen Tradition die vielfältigen Möglichkeiten der Verständigung und der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Völkern wahr-

zunehmen, die gestern noch durch unüberbrückbare Gegensätze getrennt zu sein schien.

In Wien vernimmt man heute nicht bloß — nach den Worten des Dichters Hugo von Hofmannsthal — „die traurigen Echos der großartigen Zeit der Vorfahren“. Es ist eine junge Nation, voller Vertrauen in ihre Zukunft, die uns in dieser herrlichen Hauptstadt empfängt, mit berechtigtem Stolz auf ihre Vergangenheit, aber auch bewußt der neuen Aufgaben, welche die Geschichte ihr auferlegt.

Ein Tag des Gedenkens vereint uns heute. Aber der Erinnerung gesellt sich in diesem Augenblick eine große Hoffnung: möge sie nie mehr enttäuscht werden. Möge Brüderlichkeit endgültig den Sieg davontragen über Rachsucht, Fanatismus und Machtstreben. Möge Österreich, zum Wohle Europas und zu seinem eigenen, seine Mission der Völkerversöhnung und des Friedens voll und ganz erfüllen. Diesen Wunsch überbringe ich heute im Namen des Europarates.“

B

Czernetz (Österreich). — Herr Präsident! Ich bin überzeugt, die Meinung der gesamten Beratenden Versammlung auszusprechen, wenn ich nach den letzten Worten des Herrn Generalsekretärs Kristensen sage, daß wir sehr froh sind über die Möglichkeit eines guten Kontaktes und einer guten Zusammenarbeit mit der OECD, der Nachfolgeorganisation der alten OEEC. Wir sind besonders dem Herrn Generalsekretär für sein Verständnis und für die Zusammenarbeit dankbar.

Ich möchte in Beantwortung der Debatte nur eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Serres machen. Ich danke ihm sehr für seine ermunternden Worte und die Entschlossenheit, die aus seinen Darlegungen gesprochen hat. Wir alle müssen in seinem Sinne alles tun, was möglich ist, um die Aufspaltung Europas zu überwinden.

Es ist über konkrete Möglichkeiten von Zollvereinbarungen zwischen EWG und EFTA gesprochen worden, die sich auf einzelne Warenklassen beziehen. Darüber haben gestern Herr Maudling und andere britische Redner gesprochen. Es wird natürlich im einzelnen genau geprüft werden müssen, welche Möglichkeiten und welche Grenzen tatsächlich bestehen. Jedenfalls scheint mir sicher zu sein, daß im Sinne des GATT-Vertrages die „waver“, eine Aufhebung der Schranken angestrebt werden muß, wenn solche Pläne verwirklicht werden sollen.

C

In der 12. Gemeinsamen Tagung der Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarates und der Mitglieder des Europäischen Parlaments ergriff im Rahmen des Meinungsaustausches

zwischen den Mitgliedern der beiden europäischen Institutionen Samstag vormittag Abgeordneter Czernetz (SPÖ) das Wort. Wie der Redner sagte, bildet das Hauptthema der Beratungen der Gemeinsamen Versammlung der Ost-West-Handel; das Hauptproblem allerdings ist die gegenwärtige Krise der europäischen Integration.

Der Anteil des Osthandsels am Gesamthandel der westeuropäischen Staaten macht im Durchschnitt nur 4% aus. In Österreich spielt der Osthandel jedoch eine weitaus größere Rolle, wenn auch seine Bedeutung wesentlich zurückgegangen ist; während er vor dem Krieg noch ungefähr 30% ausmachte, betragen derzeit die Importe aus den osteuropäischen Ländern rund 10%, die Exporte in diese Staaten etwa 15% des Gesamtvolumens.

Wir in Österreich haben den Osthandel niemals als ideologisches, sondern stets als ein wirtschaftliches Problem aufgefaßt. Wir haben erkannt, daß den Bemühungen, den Osthandel zu verstärken, gewisse Grenzen gesetzt sind, die mit der Lieferfähigkeit der osteuropäischen Länder oder mit ihrer Zahlungsbereitschaft — nicht Zahlungsfähigkeit — zusammenhängen. Wo die ökonomischen Möglichkeiten gegeben sind, sind wir bereit, den Osthandel weiter zu steigern. Alle Oststaaten wünschen eine Verstärkung des Handels mit dem Westen, sie haben außerordentliches wirtschaftliches Interesse daran, denn sie haben erkannt, daß diese Ausweitung des Handels für sie politisch ungefährlich ist.

Abgeordneter Czernetz warnte vor der Illusion, man könne den Kommunismus durch Erweiterung des Handels aushöhlen oder schwächen. Jedoch kann eine Steigerung des Osthandsels zu einer Verbesserung der politischen Atmosphäre führen.

Die dem Bericht des Abgeordneten der französischen Regierungspartei UNR innewohnende „Philosophie des Bilateralismus“ hängt zweifelsohne mit der Krise der europäischen Integration zusammen, die wir jetzt erleben. Die Nichtmitgliedstaaten der EWG empfinden über diese Krise keine Schadenfreude, sondern sind von einer gemeinsamen großen Sorge darüber erfüllt. Leider kommt es immer wieder zu einem Rückfall in eine doch so antiquierte Hegemoniepolitik einer Macht. Wir haben es mit einem veralteten Nationalismus zu tun, der, wenn er nicht so gefährlich wäre, eher der Lächerlichkeit anheimfallen müßte.

Ein veralteter Nationalismus kann heute zu einer sehr leicht übertragbaren Krankheit in Europa werden. Man sollte daher nicht mit solchen Gedanken spielen. Wir hoffen, daß die derzeitige Stagnation und Krise überwunden werden können. Gerade in dieser Zeit der Krise ist unter den meisten von uns die Überzeugung

gewachsen, daß wir gemeinsame Lösungen brauchen. Dadurch hat sich das Klima zwischen EWG und EFTA verbessert. Hoffentlich wird dieses verbesserte Klima helfen, die Krise zu überwinden. Bei der gespannten Weltlage sollte man in Europa weniger vom „Europa der Europäer“ reden und nicht die Ansätze der europäischen Einheit zerstören. (Beifall.)

D

Nationalrat Dr. Tončić-Sorinj (ÖVP), der am 26. September zum Vizepräsidenten der Versammlung der EFTA-Parlamentarier gewählt wurde, legte am 27. September der Beratenden Versammlung des Europaratess namens der Politischen Kommission seinen Bericht über die Stärkung des Europäischen Streitschlichtungsabkommens und die Schaffung einer „Friedenskommission“ zur friedlichen Beilegung innereuropäischer Streitigkeiten vor.

Der Bericht wurde von der Politischen Kommission anlässlich ihrer letzten Sitzung in Paris einstimmig angenommen.

Dr. Tončić-Sorinj schlug vor, in Europa eine ähnliche Kommission zu gründen, wie sie im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten seit ungefähr 20 Jahren besteht und dort in zehn Fällen erfolgreich vermittelt hat.

Die Kommission soll zwar nur vermitteln können, dennoch aber das Recht besitzen, aus eigener Initiative oder auch auf Antrag von Drittländern in Aktion zu treten.

Die Stärkung des europäischen Streitschlichtungssystems würde — und das ist der zweite Grundgedanke des Berichtes — den Europarat in die Lage versetzen, als Regionalkommission der Vereinten Nationen tätig zu werden.

Die Vorschläge von Dr. Tončić-Sorinj sind bereits derzeit Gegenstand eines Gedankenaustausches zwischen dem Generalsekretär des Europaratess Peter Smithers und dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen in New York.

Der Vertreter des Generalsekretariates der Vereinten Nationen für Europa in Genf, Spinelli, war bei dem Bericht von Dr. Tončić-Sorinj zugegen.

E

In der Wirtschaftsdebatte der Beratenden Versammlung des Europaratess nahm Mittwoch vormittag Abgeordneter Dr. Weiß (ÖVP) zum 11. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz Stellung. Er hob die Bedeutung der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister hervor, deren Arbeit im Gegensatz zu anderen Institutionen von Jahr zu Jahr aktiver wird. Dieser Erfolg ist verständlich, weil es sich um ein technisches Gebiet handelt, das keine übermäßig großen politischen Probleme aufwirft. Die Entwicklung der Technik und die

10

Verkehrsexplosion zwingen ganz einfach zur europäischen Integration auf dem Gebiet des Verkehrswesens.

Heute sollte man nicht mehr von einer Konkurrenz zwischen Schiene und Straße sprechen. Hier handelt es sich weniger um ein Problem der Konkurrenz als vielmehr um eine vernünftige Arbeitsteilung. Die Hauptverkehrsstraßen sind überfüllt, während die Eisenbahnen noch aufnahmefähig sind. Keines der Verkehrsmittel allein wäre in der Lage, den gesamten Verkehr zu bewältigen. Bei der Eisenbahn könnte durch verhältnismäßig billige Investitionen noch eine weitgehende Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit erzielt werden. Beim Straßenverkehr geht es in erster Linie um die Sicherheit. Die Straßen müssen durch den Bau neuer Straßen und Autobahnen entlastet und eine gemeinsame europäische Verkehrsordnung geschaffen werden. Wichtig ist eine Entlastung der Straße. Der Güternahverkehr ist für die Eisenbahn nicht mehr zurückzugewinnen. Hingegen müßte beim Güterfernverkehr eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Eisenbahn und Straße erfolgen. Der Güterfernverkehr müßte zum größeren Teil wieder auf die Eisenbahn zurückgebracht werden.

Ein zweites Problem ist die Frage des innerstädtischen Verkehrs. Da ist es nicht damit getan, wenn man alte Stadtteile abträgt, wenn man auf den Zeugen unserer Vergangenheit Autobahnen baut. Der Kern der Städte muß erhalten werden. Einige Städte sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben den historischen Teil ihrer Städte von jedem Verkehr freigehalten. Die Fußgängerstraßen haben sich durchaus bewährt. Erst in dieser psychischen Ruhe lernt man den Charakter der Städte richtig kennen. Die Straße ist hier nicht mehr bloß eine Verkehrsader, sie ist vielmehr zu einem Lebensraum geworden. Die Fußgängergebiete haben die Städte vermenschtlicht. Die Verkehrsministerkonferenz sollte die Verkehrsprobleme nicht nur nach technischen und ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, sondern auch der sozialen, kulturellen und menschlichen Seite dieses Problems besondere Aufmerksamkeit widmen.

F

In der Wirtschaftsdebatte des Europarates gab Mittwoch nachmittag Abgeordneter Czernetz (SPÖ) seiner tiefen Besorgnis über den „europäischen Leichtsinn“ Ausdruck. Wir Europäer, sagte er, benehmen uns so, als ob wir in einem Narrenparadies lebten. Kürzlich hat der Generaldirektor der Internationalen Ernährungsorganisation den Bevölkerungszuwachs als so stark bezeichnet, daß wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit der Gefahr ernster Hungersnöte in weiten Teilen der Welt rechnen müssen. Schon jetzt ist ungefähr die Hälfte der Welt-

bevölkerung unterernährt oder leidet direkt Hunger. Wenn die Nahrungsmittelreserven bis 1980 nicht verdoppelt und bis zum Jahre 2000 nicht verdreifacht werden, dann besteht die Gefahr einer Weltkatastrophe. Und in dieser Situation leisten wir uns in Europa einen Familienstreit zwischen den Sechs und den Sieben, und weil das nicht genug zu sein scheint, jetzt auch noch zwischen den Sechs untereinander. Dazu kommt noch, daß die Chancen einer allgemeinen 50prozentigen Zollsenkung im Rahmen der Kennedy-Runde von Tag zu Tag mehr schwinden. Die gegenwärtige Lähmung der EWG macht Verhandlungen kaum möglich.

Als frei gewählte Abgeordnete dürfen wir zu all dem nicht schweigen. Darum muß gesagt werden: Diese Zersplitterung Europas, diese Gefährdung und nunmehr auch Lähmung der EWG hat ihre Ursache nicht zuletzt in einer Wiedergeburt eines antiquierten Nationalismus, einer Hegemoniepolitik und lebensgefährlichen Illusion eines Landes, das wir lieben und dessen Gast der Europarat ist. Wir sind bedrückt von dem Gedanken, daß die gegenwärtige französische Regierung glaubt, wir in Europa könnten uns das alles leisten. Unsere Aufgabe ist ein Appell an die Vernunft und das Verantwortungsgefühl. Wir müssen die Frage stellen: Gibt es denn für die Lösung der EWG-Krise eine andere Möglichkeit als die eines Kompromisses? Schließlich hängt ja auch das Funktionieren der EFTA, der Kleinen Freihandelsassoziation, damit zusammen, daß sie eine so elastische Form hat.

Wenn jemals der Beweis für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit gegeben war, dann in dieser Krise. Der Boden der Zusammenarbeit kann sehr leicht vom Europarat aus gefunden werden. Er ist heute fester und stabiler denn je, und wir haben jede Möglichkeit, diesen Rahmen auszunützen. Der Europarat sollte darauf verweisen, daß wir uns diesen Familienstreit in Europa nicht leisten können, der Europarat sollte zum Brückenschlag zwischen den Sechs und den Sieben und dem Rest mahnen. Die Einheit Europas ist dringender denn je zuvor. Der Europarat kann Rahmen und Träger der Einheit des ganzen freien Europa sein!

G

Abgeordneter Dr. Dipl.-Ing. Weiß (ÖVP) legte den Bericht der Kulturkommission über das Programm des Europarates zur Erhaltung alter Bauwerke und historischer oder künstlerischer Stätten vor. Wie er ausführte, geht es weniger darum, einzelne Baudenkmäler zu erhalten, weil dafür bereits großes Verständnis besteht, sondern weit mehr darum, das historische Bild ganzer Städte oder Stadtteile sowie ganzer Landesteile zu erhalten. Diese Bestrebungen stoßen auf große Schwierigkeiten, und es sind

Verständnis und Opferbereitschaft bei der Bevölkerung und den lokalen Behörden nötig. Es sind hiezu gesetzliche Maßnahmen und große Geldmittel erforderlich.

In Europa ist durch die Zerstörungen des Krieges, aber auch mangels der erforderlichen Mittel schon außerordentlich viel verlorengegangen. Die Städte erfuhrn nach und nach eine Umgestaltung, die ihnen ein anderes Gesicht gab, das keine Züge der Vergangenheit mehr trägt. Es ist die Absicht der Aktion des Europarates, dem Einhalt zu gebieten und das wertvollste Gut der Vergangenheit zu bewahren.

Das ist eine gigantische Aufgabe, denn trotz der vielen Zerstörungen ist das Erbe noch immer ungeheuer groß. Dazu kommt, daß es oft billiger und technisch einfacher ist, ein altes Bauwerk, statt es zu modernisieren, abzutragen und durch ein rationelleres zu ersetzen. Aber man soll nicht zerstören, um aufzubauen, sondern man soll erhalten und aufzubauen!

Die Arbeiten des Rates für kulturelle Zusammenarbeit haben gute Fortschritte gemacht. Er hat sich entschlossen, fünf Begegnungen mit Experten aus verschiedenen europäischen Ländern abzuhalten. Die erste Begegnung fand in Spanien statt. In einer Resolution wurde darauf verwiesen, daß die Staaten eine Bestandaufnahme ihrer Kunstwerke vornehmen müßten, so daß es möglich würde, auch eine gesamteuropäische Inventur beim Europarat ins Leben zu rufen. Die zweite Konfrontation beginnt am nächsten Montag in Wien. Sie wird sich mit den technischen Möglichkeiten beschäftigen, bedeutsame Gebäude, die heute ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen, einer modernen Verwendung zuzuführen. Zu dieser Begegnung in Wien werden die meisten Staaten Europas Vertreter entsenden.

Dieses Problem berührt auch den Kulturtourismus, durch den die jungen Menschen mit der Geschichte Europas, mit dem europäischen Erbe vertraut gemacht werden sollen. Auch dazu ist es notwendig, nicht nur die einzelnen Denkmäler als Museumstücke zu erhalten, sondern das ganze Milieu, das jenen Geist zeigt, aus dem diese Bauwerke entstanden sind und auf dem die Geschichte Europas aufbaut.

H

Abgeordneter Mark (SPO) referierte über die Tätigkeit der Kulturkommission auf dem Gebiete der Jugendarbeit. Die Kommission hat sich schon seit einiger Zeit bemüht, mit den großen europäischen Jugendorganisationen in Kontakt zu kommen. Eine Subkommission, bestehend aus Vertretern der Sozialkommission und der Kulturkommission, hat die Schaffung einer eigenen Spezialkommission für Jugendfragen vorbereitet. Zu diesem Zweck wurde eine

Ad-hoc-Arbeitsgruppe gebildet. In einer Konferenz mit den regierungsunabhängigen Jugendorganisationen wurden sehr wertvolle Vorschläge erstattet. Insbesondere wurde die Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes angeregt und die Notwendigkeit unterstrichen, daß sich die europäischen Jugendorganisationen in viel größerem Maße als bisher näherkommen. Weiter wurde vorgeschlagen, das provisorische Jugendzentrum in Obernai zu einer ständigen Institution auszubauen.

Die Kulturkommission schlägt in einer Entschließung, deren Annahme Berichterstatter Mark empfahl, vor, eine ständige Arbeitsgruppe zu bilden, die sich aus Vertretern der Sozialkommission und der Kulturkommission sowie der interessierten Organisationen zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe soll die Grundsätze eines Europäischen Jugendplanes formulieren und Fortschritte hinsichtlich der Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes anstreben. Ferner soll die Errichtung eines Europäischen Jugendbüros vorbereitet werden.

Die Arbeitsgruppe soll bereits im November ihre erste Sitzung abhalten und Anfang des nächsten Jahres in einer Aussprache mit den Vertretern der großen europäischen Jugendorganisationen die weiteren Schritte besprechen. Damit wird eine engere Verbindung zwischen diesen Organisationen und den beiden Kommissionen des Europarates hergestellt werden, und damit werden wir auch die Jugend Europas für die Schaffung eines größeren Europas interessieren. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, jenes Ziel zu erreichen, das wir uns gesetzt haben: eine echte Integration unseres Erdteils, in dem wir leben und den wir lieben.

J

Am Freitag, dem letzten Verhandlungstag der derzeitigen Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates, unterbreitete Berichterstatterin Dr. Hertha Firnberg (SPO) namens der Kommission für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen den 12. Tätigkeitsbericht des Internationalen Komitees für Europäische Wanderungsprobleme (ICEM), der den Ernst der Flüchtlingssituation unterstreicht. Unter den Auspizien von ICEM wurde, wie aus dem Bericht hervorgeht, bis 1964 über 1'3 Millionen Menschen zur Auswanderung verholfen. Die Tätigkeit von ICEM, das heute 29 Mitgliedstaaten zählt, geht weit über seine ursprünglichen Aufgaben hinaus. Sie umfaßt insbesondere die Hilfe bei der Auswanderung europäischer Arbeiter, die Hilfe bei der Ansiedlung von Flüchtlingen und — worauf die ICEM heute mehr Gewicht denn je legt — die Unterstützung der Entwicklungsländer durch eine geplante und selektive Auswanderungshilfe. Fast 70.000 Men-

12

schen haben 1964 diese Auswanderungshilfe beansprucht; das sind rund 10% mehr als ein Jahr vorher. Vor allem ist die Zahl der Flüchtlinge um mehr als 3500 gestiegen. Das Flüchtlingsproblem hat nichts an Aktualität eingebüßt, denn alljährlich werden 10.000 Europäer zu „neuen“ Flüchtlingen. Im Berichtsjahr wurde die Auswanderung von 37.160 Flüchtlingen durch ICEM durchgeführt. 32.500 nationalen Auswanderern wurde zur Auswanderung nach Übersee verholfen, wobei Australien als Aufnahmeland an erster Stelle steht. In Europa haben Griechenland, Malta, Spanien und Italien die meisten Auswanderer abgegeben. Mehr als 18.000 Flüchtlingen wurde durch ICEM zur Auswanderung nach Israel verholfen.

In Österreich ist ICEM in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und den anderen internationalen Flüchtlingsorganisationen mit großem Erfolg tätig. Für Österreich ist dies außerordentlich wichtig, denn der noch immer anhaltende Zustrom neuer Flüchtlinge wird so rasch als möglich in das endgültige Aufnahmeland geleitet. In Österreich wird die Tätigkeit von ICEM dankend anerkannt und geschätzt.

Von besonderer Bedeutung sind die ICEM-Bildungsprogramme auf dem Sektor der beruflichen Ausbildung und der Sprachkurse. 70% der im ersten Halbjahr 1964 Ausgewanderten waren qualifizierte Arbeitskräfte.

In einer Empfehlung wird ICEM gebeten, als ein Zeichen echter europäischer Solidarität den „neuen“ nationalen Flüchtlingen in Europa seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen.

K

In der politischen Debatte der Beratenden Versammlung des Europaratess wies Abgeordneter Czernetz (SPÖ) darauf hin, daß wohl niemand in der Versammlung den Ernst der Krise der EWG unterschätzt, ist doch diese Krise eine Gefahr für die Zukunft Europas. Hier genügt nicht der Hinweis, daß niemand die Absicht hat, diese Krise auszunützen. Wir sind vielmehr alle von der Sorge erfüllt, die aus dem Gefühl der bereits bestehenden geistigen Gemeinschaft Europas entspringt.

Wir sprechen hier nicht als Regierungsvertreter, sondern als Parlamentarier mit der Verantwortung, die wir in unseren Heimatländern unseren Wählern gegenüber haben. Wir dürfen nicht einfach hier reden, ohne dann imstande zu sein, das in der Heimat auch zu vertreten.

Österreich steht derzeit in Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Verhandlungen werden aber nicht durch Österreich verzögert, sondern sie sind durch die Schwierigkeiten innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erschwert.

Die Einheit Europas soll Raum und Rahmen für alle freien Völker Europas in Freiheit, Gleichberechtigung, Gleichheit und Freiwilligkeit geben. Es wäre daher gerade jetzt, angesichts der schweren und vielleicht lebensgefährlichen Krise der EWG Aufgabe des Europarates, die alte Idee der Erweiterung der europäischen Einheit zu betonen und den Brückenschlag, die Verbindung zwischen EWG und EFTA hervorzukehren. Der Europarat soll weiterhin der Bannerträger der europäischen Einheit sein. Aber ohne Kompromißbereitschaft und Geduld wird es keine solche Einheit geben. Wenn jedoch genügend Toleranz und Mut zu Kompromissen auf allen Seiten vorhanden ist, dann wird diese Einheit zustande kommen, die der Ausdruck echten demokratischen und europäischen Geistes ist. (Beifall.)

L

In der Landwirtschaftsdebatte der Beratenden Versammlung des Europarates nahm Bundesrat Dr. Reichl (SPÖ) zu jenen Problemen Stellung, die in den letzten Monaten Gegenstand von Beratungen in der Agrarkommission waren. Wie er sagte, ist die Frage des agrarischen Einkommens zweifellos ein Teil der sozialen Frage des Bauernstandes. Wenn es den Begriff der Preissschere auch in anderen soziologischen Gruppen und Berufsschichten gibt, so hat sie doch auf den Lebensstandard des Bauern einen ganz besonderen Einfluß.

Voraussetzung einer gesamteuropäischen Sozialordnung für die bäuerliche Welt ist ein gewisser wirtschaftlicher Integrationsprozeß. Eine bäuerliche Sozial-Charta hat nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn man nach gründlicher Untersuchung genau festlegt, welcher Personenkreis als Bauer angesprochen werden kann, und wenn man nur solche Beschlüsse faßt, die bei gutem Willen auch durchführbar sind.

Zu jeder sozialen Reform gehört stets eine Reform des Erziehungs- und Schulungswesens und eine Änderung der geistigen Haltung jener, die dem Umwandlungsprozeß unterworfen sind. Das gilt auch für die Lösung der sozialen Frage in der Landwirtschaft. Uns allen ist bewußt, daß im freien Europa weder das russische noch das amerikanische Muster bäuerlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik brauchbar scheint. Dem freien Europa entspricht am besten der Familienbetrieb.

Die soziale Frage der europäischen Landwirtschaft, die soziale Frage des europäischen Bauern und Landarbeiters hängt sehr innig mit dem Kernproblem des 20. Jahrhunderts zusammen, mit der Frage des Hungers in der Welt. Sollten wir den Kampf gegen den Hunger verlieren, dann wird es für den europäischen Bauern keine soziale Frage mehr geben, dann werden auch keine Familienbetriebe mehr sein, weil die große Revolution wahrscheinlich alle erfassen wird.

M

In der Konsultativversammlung des Europarates nahm Abgeordneter M a r k (SPÖ) zu einer Empfehlung über Maßnahmen zur Verhinderung rassischer, nationaler und religiöser Verfolgung Stellung und führte dazu aus, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, allen solchen Tendenzen wirksam entgegenzutreten. In einem Zusatzantrag, zu dessen Initiatoren der Redner zählt, wird versucht, auf europäischer Ebene auf diesem Gebiet eine gleichartige Handhabung in die Wege zu leiten. Sicherlich wird eine juristische Regelung dieser Frage allein nicht ausreichen, strafrechtliche Bestimmungen werden jedoch eine erzieherische Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlten.

Wenn die mißbräuchliche Wedkung derartiger Instinkte als Verbrechen qualifiziert wird, dann darf man darin keinesfalls eine Einschränkung der Redefreiheit erblicken; es soll damit vielmehr die Freiheit als Ganzes gewahrt werden. Früher einmal diente die Verfolgung der Majestätsbeleidigung der Wahrung des Symbols der Gemeinschaft; in der modernen Demokratie ist dieses Symbol die Würde des Menschen. Die gemachten Vorschläge verfolgen das Ziel, Beleidigungen der Menschenwürde zu verhindern. (Beifall.)

N

Im Sinne der Politik des Europarates, wirtschaftliche und andere technische Kontakte mit den mittel- und osteuropäischen Staaten zu suchen, berichtete Bundesrat Gratz (SPÖ) im Namen der Juridischen Kommission des Europarates über eine der Voraussetzungen solcher Kontakte, nämlich die Verbesserung der Kenntnis der Rechtssysteme dieser Länder. Der Rechtsausschuß beantragte, die Konsultativversammlung möge ihn beauftragen, eine Konferenz aller Rechtsfakultäten und Institute einzuberufen, die sich mit den Rechtsordnungen dieser Länder beschäftigen. Das Fernziel ist eine Vereinigung aller dieser Institute unter den Auspizien des Europarates.

O

Abgeordneter M a r k (SPÖ) verwies in der Debatte zum Bericht der Agrarkommission, der Sozialkommission und der Juridischen Kommission über den sozialen Schutz der Landwirte und ihrer Familienmitglieder zunächst auf die Initiativen der inzwischen verstorbenen österreichischen Abgeordneten Straßer und Stürgkh bei der Schaffung und Weiterentwicklung der europäischen Sozial-Charta: Unter dem Vorsitz von Peter Straßer wurde die Sozial-Charta in Turin unterzeichnet; der dem Europarat zur Beschußfassung vorliegende Antrag wurde vor einem Jahr von Barthold Stürgkh eingebracht.

Im Sozialausschuß und im juridischen Ausschuß des Europarates wurden Bedenken vor allem in der Richtung vorgebracht, ob es ohneweiters möglich sei, Bestimmungen, die für Arbeitnehmer gelten, auf die selbständigen Landwirte auszudehnen. Durch Zusammenarbeit des Landwirtschafts-, Sozial- und juridischen Ausschusses ist es nunmehr gelungen, zu einem Kompromiß zu kommen, der für alle tragbar erscheint.

Man nimmt allgemein an, daß die rechtliche Stellung des Selbständigen in der Wirtschaft klar gestellt ist. Die kleinen und mittleren Selbständigen befinden sich aber vielfach in einer Situation der Abhängigkeit; ihre Selbständigkeit ist oft nur eine scheinbare. Ähnlich wie die Arbeitnehmer sich in den letzten Jahrzehnten in den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zusammengeschlossen haben, um ihre schwache Position im Wirtschaftsleben zu stärken, haben sich die kleinen und mittleren Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft mit dem gleichen Ziel in Produktionsgenossenschaften, Wirtschaftsgenossenschaften, Maschinengenossenschaften und ähnlichen Verbänden vereinigt. Und wie die Arbeitnehmer immer wieder eine gewisse Planung in der Wirtschaft gefordert haben, um sich gegen die Fährnisse im Wirtschaftsleben, gegen Krisen in einer Weise abzusichern, die weit über das System der sozialen Sicherheit hinausgeht, ist in den letzten Jahren vor allem in den Kreisen der Landwirtschaft das Verlangen nach Planung aufgetaucht.

Der Antrag der Agrarkommission enthält die Forderung nach einer Art europäischen Grünen Planes, wie wir ihn auf Landesebene in Deutschland und Österreich bereits haben und viele andere Staaten ihn anstreben. Die Verwirklichung dieses Antrages stellt einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur sozialen Sicherheit für alle in Europa dar und bildet damit eine Voraussetzung für die Erhaltung der Menschenwürde. (Beifall.)

Empfehlungen und Entschließungen**Entschließung 294**

über die allgemeine Politik des Europarates

Die Versammlung

1. erinnert an ihre Empfehlung 337 vom 25. September 1962, in welcher sie die historische Bedeutung der Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 4. Juli 1962, welche die Herstellung der Interdependence der USA und Europas, nach dessen erfolgter Einigung, begrüßt hat;

.....

5. fordert die beteiligten Regierungen auf:

6. keine Anstrengung zu scheuen, um zu einem erfolgreichen Abschluß der Tarifverhandlungen im GATT zu gelangen;

.....

14

9. ein wirksames System der politischen Zusammenarbeit und Konsultation zwischen den atlantischen Ländern aufzubauen;
10. der Tatsache Rechnung tragen, daß die Schaffung eines solchen Systems die westlichen Länder trotzdem nicht auf allen Gebieten zu einer monolithischen Politik verpflichtet, sondern zu einer Politik mit folgenden Zielen:
- a) ein differenziertes Vorgehen auf der Ebene der westlichen zwischenstaatlichen Beziehungen oder auf der Ebene der europäischen Organisationen mit dem Ziel, den gemeinsamen Interessen durch eine geschmeidige Politik besser zu dienen und damit den Staaten und den Organisationen zur Verfügung stehende Möglichkeiten in optimaler Weise auszunutzen;
 - b) dem Europarat eine nützlichere Rolle in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Europa und dem Osten zu ermöglichen;
 - c) eine realistischere Auffassung über die atlantische Partnerschaft in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten;
 - d) der Europarat muß eine stärkere funktional betonte Rolle als tatsächlicher Rahmen für eine europäische politische Einheit erhalten;
11. die geeigneten Maßnahmen erneut zu überprüfen, um der Zersplitterung Europas ein Ende zu setzen.

Entschließung 295

über die Lage der jüdischen Gemeinschaft in der UdSSR

Die Versammlung

-
2. erinnert an den Grundsatz der Achtung der Gleichheit der Rassen und der religiösen Freiheit, gemäß Art. 1 Abs. 3 und Art. 55 der Charta der Vereinten Nationen,
-
4. nimmt jedoch Kenntnis von den besonderen Beschränkungen der Freiheit, denen die Juden in der UdSSR unterworfen sind: ...
5. bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die sowjetische Regierung zur Verbesserung des Verständnisses zwischen Ost und West durch folgende geeignete Maßnahmen beitragen möge:
-

- b) die antisemitische Propaganda in der Presse oder in der Form anderer Veröffentlichungen in Übereinstimmung mit Artikel 123 der Verfassung der UdSSR zu verbieten;
- c) jegliche rechtliche Diskriminierung gegen die Juden zu unterbinden, insbesondere im Rahmen von Beschuldigungen wegen Wirtschaftsvergehen;

- d) den Juden in der UdSSR zu gestatten, nach ihrem freien Willen sich in anderen Ländern, insbesondere in Israel, mit den Mitgliedern ihrer Familie, von denen sie infolge des Zweiten Weltkrieges und der Verfolgungen durch den Nationalsozialismus getrennt worden sind, wieder zu vereinen.

Entschließung 296

(Antwort auf den 3. Bericht der OECD an den Europarat)

Zusammenfassung

In dieser Entschließung und als Ergebnis der Aussprache über diesen Bericht betont die Versammlung die Bedeutung der OECD als Instrument einer immer stärkeren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet zwischen Europa, den USA und den übrigen Ländern der freien Welt.

Mit einer gewissen Besorgnis weist die Versammlung auf die Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in einer Reihe von europäischen Ländern hin und betont die Gefahren einer inflationellen Entwicklung. Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe begrüßt die Versammlung den Beitritt Österreichs zum Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD. Von besonderer Bedeutung auf dem Gebiet der Entwicklung ist die Landwirtschaft, hier müssen auf technischem und sozialem Gebiet, Verbesserung der Erzeugung besondere Anstrengungen gemacht werden.

Eine Politik der Erziehung und Aufklärung auf dem Gebiet des Bevölkerungszuwachses sollte in den Regionen gefördert werden, in denen die Zuwachsrate der Bevölkerung den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gefährdet.

Die Versammlung begrüßt die aktive Politik der OECD auf dem Gebiet der Arbeitskräfte und bittet, in dem nächstjährigen Bericht die Erfahrungen auf diesem Gebiet darzulegen.

Auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik nimmt die Versammlung von den Arbeiten der Ministerkonferenz über die Wissenschaft Kenntnis und wird dieses Thema im Rahmen ihrer Aussprache über Fragen der Kultur und Wissenschaft im September 1965 behandeln.

Empfehlung 424

betreffend die europäischen und atlantischen Wirtschaftsprobleme

Die Versammlung

.....

4. sie ist der Auffassung, daß es im Interesse der europäischen Wirtschaft und im Interesse einer zukünftigen Prosperität in Europa liegt, wenn die Europäische Freihandelszone erheblich stärker gemacht werde und ihr Tätigkeitsbereich im Hinblick auf die Schaffung einer echten Freihandelszone erweitert werde.

15

5. sie ist überzeugt, daß die atlantische Partnerschaft von außerordentlicher Bedeutung ist, und bedauert, daß keine konkreteren Fortschritte zur Schaffung dieser Partnerschaft auf wirtschaftlichem und monetärem Gebiet erzielt worden sind;

.....

7. sie betont ihre feste Überzeugung, daß die wichtigste Initiative der Mitgliedsländer des Gemeinsamen Marktes und der Europäischen Freihandelszone darin bestehen sollte, zu gegebener Zeit, vor dem Auslaufen der „Trade Expansion Act“ der USA, die weitmögliche Herabsetzung der Zölle sicherzustellen. Hierzu gehört ein Minimum von Ausnahmebestimmungen und anderen Verkehrshemmungen im Rahmen der Kennedy-Runde;

.....

10. empfiehlt dem Ministerrat

- a) erneut zu betonen, daß im Rahmen der Kennedy-Runde eine wesentliche Verminderung der Verkehrshindernisse erreicht werden muß. Diese Maßnahme würde insbesondere die Rückwirkungen auf den Handel und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Ländern, die durch die wirtschaftliche Teilung Europas bedingt sind, vermindern. Allen Regierungen, die an den GATT-Verhandlungen teilnehmen, muß mit Nachdruck nahegelegt werden, daß es in ihrem Interesse liegt, kurzfristige Opfer auf sich zu nehmen, um das gewünschte Endresultat zu erreichen;
- b) den Begriff der atlantischen wirtschaftlichen Partnerschaft zu überprüfen, insbesondere angesichts der derzeitigen Teilung des freien Europa in zwei Wirtschaftsgruppen;
- c) den Mitgliedsregierungen dringend nahezulegen, im Rahmen der OECD die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu einer koordinierten atlantischen Politik auf der Konferenz der Vereinten Nationen über den Handel und die Entwicklung zu gelangen.

Empfehlung 425

betreffend die allgemeine Politik des Europarates

A

Die Beratende Versammlung

.....

8. empfiehlt, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates, die zur EWG oder zur EFTA gehören, alles in ihrer Macht Stehende unternehmen sollten, um die Kooperation zwischen den beiden Organisationen zu fördern und Unterschiede der Politik zwischen ihnen zu verhindern;

9. empfiehlt ferner, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten eine Zusammenarbeit bei gemeinsamen industriellen und technologischen Projekten, für welche die englisch-französische Kooperation in der Luftfahrtindustrie ein Beispiel ist, entweder auf einer bilateralen oder vorzugsweise auf einer multilateralen Grundlage verstärken und ermutigen sollten;

B

10. begrüßt die vom Ministerkomitee getroffene Entscheidung, womit der Generalsekretär beauftragt wurde, ein umfassendes Arbeitsprogramm für den Europarat auszuarbeiten;

.....

C

.....

13. empfiehlt allen Mitgliedsregierungen, Informationen auszutauschen und wenn möglich ihre Bemühungen und Initiativen zur Herstellung neuer Kontakte und zum Ausbau der bereits bestehenden Kontakte aufeinander abzustimmen im Interesse eines größeren Europa, das eine dauerhafte Lösung der inneren Probleme des europäischen Kontinents und des Weltfriedens gewährleisten könnte;

.....

16. empfiehlt dem Ministerkomitee, dem Europarat neben seinen traditionellen Zuständigkeiten auch die Aufgabe zu übertragen, die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf gesamt-europäischer Ebene, unbeschadet der Verschiedenheit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme, zu erforschen.

Empfehlung 426

betreffend die Schaffung eines Regionalsystems zur Beilegung von Streitfällen zwischen Mitgliedsländern des Europarats

Die Versammlung

.....

10. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- a) in Zukunft einen aktiveren Anteil bei der Regelung von Streitfällen zwischen Mitgliedsländern des Europarats zu nehmen;
- b) die Entschlossenheit des Europarats zu unterstreichen, auf diesem Weg im regionalen Bereich einen konstruktiveren Beitrag zur Verwirklichung der Charta der Vereinten Nationen zu leisten;
- c) eine besondere Kommission einzusetzen, die den Titel einer vorläufigen europäischen Kommission zur Regelung von Streitfällen tragen könnte, welche unter Berücksichtigung der vorstehenden Überlegungen die Vollmacht hätte, jegliche Streitfälle oder jegliche Drohung eines Streitfalles zwischen Mitgliedsländern auf-

zugreifen und Anregungen oder Vorschläge zu deren Lösung zu machen.

Entschließung 300

betreffend die europäischen Wirtschaftsbeziehungen

Die Versammlung

.....

5. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die in der EWG gegenwärtig bestehenden internen Schwierigkeiten rasch überwunden werden mögen;

6. ist der Meinung, daß das zwischenstaatliche Arbeitsprogramm des Europarats so gestaltet werden sollte, daß es die Bewegung auf eine europäische Einheit hin unterstützt und die in dieser Entschließung zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkte in Rechnung stellt.

Empfehlung 430

betreffend den Ost-West-Handel

Die Versammlung.

.....

1. beobachtet die zahlreichen Hinweise auf eine aufgeschlossener Haltung zugunsten einer Ausweitung des Ost-West-Handels und zu seiner Organisierung auf einer stabileren Grundlage sowohl in der Sowjetunion und in den übrigen osteuropäischen Staaten als auch im Westen;

.....

5. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Mitgliedsregierungen dringend aufzufordern:

a) die Konsolidierung der gegenseitigen Handelsabmachungen zwischen Ost und West für längere Zeitabschnitte, das heißt für fünf Jahre oder mehr Jahre ins Auge zu fassen, um damit die Investitionsvorhaben und Planprojekte in Ost und West zu erleichtern;

b) zu versuchen, auf der Grundlage gegenseitiger Kompensationen die den Exporteuern gebotene Möglichkeit einer direkten Kontaktaufnahme mit den osteuropäischen Verbrauchern auszuweiten und Marktumfragen anzustellen;

c) Konsultationen und einen regelmäßigen Gedankenaustausch über die Ost-West-Handelsprobleme mit ihren Partnern in der OECD und in der EWG und EFTA vorzunehmen, um so ihre Haltung zu koordinieren und solche Handhabungen abzuändern, die in unnützer Weise die Ausdehnung des Ost-West-Handels hemmen;

d) die Möglichkeit zu überprüfen, im Anschluß an die Kennedy-Verhandlungen eine neue Reihe gleichzeitiger bilateraler Verhandlungen mit den osteuropäischen Ländern im Rahmen der Komitees für

Handelsentwicklung in der Europa-Wirtschaftskommission der UNO zu beginnen, deren Ziel unter anderem wäre, die Zahlungsabmachungen auf eine bilaterale Basis zu stellen.

Empfehlung 433

Die Versammlung

.....

empfiehlt daher dem Ministerkomitee:

A. Verbesserung der Information der Mitglieder der Versammlung auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik;

den Generalsekretär im Hinblick auf eine Verbesserung der Einrichtungen die gegenwärtig den Versammlungsmitgliedern zur Verfügung stehen, damit zu beauftragen:

— gemeinsam mit dem Greffier der Versammlung zu prüfen,

welche Einrichtung geschaffen werden müßte, um die Parlamentarier rasch und regelmäßig über jene nationalen oder internationalen Ereignisse zu informieren, die für ein umfassendes Verständnis der Entwicklung und der Tendenzen der Wissenschaftspolitik bedeutsam und für Europa von Interesse sind;...

.....

B. Verbindung zwischen der Versammlung und der Konferenz der Wissenschaftsminister;

die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit:

ein Bericht über die zweite Konferenz der Wissenschaftsminister der Versammlung mindestens ein Monat vor der ersten Teilsitzung der 18. Sitzungsperiode vorgelegt werde, der als Grundlage für eine erste große Gesamtdebatte der Versammlung über die „Wissenschaftspolitik in Europa“ dienen könne;

die Vorlage dieses Berichts an die Versammlung sowie die weiteren Berichte über die Sitzungen der genannten Ministerkonferenz offiziellen Charakter erhalte, wie dies bei anderen Ministerkonferenzen, etwa bei den Europäischen Konferenzen der Verkehrsminister, der Erziehungsminister, der Justizminister usw., geschieht;

eine direkte organische Verbindung auf Sekretariatsebene zwischen dem Europarat und der Ministerkonferenz geschaffen werde, die ständige und enge Arbeitskontakte zwischen den beiden Organen ermöglicht.

Empfehlung 445

Die Versammlung

.....

empfiehlt dem Ministerkomitee, die Mitgliedsregierungen einzuladen:

— in der Frage der Unterhaltspflicht für Gastarbeiter:

1. den Konventionen der UNO vom 20. Juni 1956 und der Haager Konferenz vom 24. Oktober 1956 und vom 15. April 1958 beizutreten, wenn sie dies noch nicht getan haben;

2. das Projekt „Aktenvordruck Europarat“ anzunehmen, welches das Verfahren zur Einbringung von Unterhaltsgeldern von seiten der Antragsteller erleichtern soll;

3. wenn möglich, in jedem Land eine für die Annahme und Weiterleitung der Akten allein berechtigte Behörde zu bestimmen;
— in der Frage der Berufsausbildung:

1. das Projekt der Berufsausbildung von 300 Arbeiterschülern zu genehmigen und die hiefür notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen;

2. die Veröffentlichung der Umfrage über die geographische Verteilung der Berufsausbildungszentren in den Mitgliedsländern zu genehmigen;
— in der Frage der Zusammenarbeit auf dem sozialen und dem Arbeitssektor:

die Möglichkeit zu prüfen, im Rahmen des Europarates eine Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Mitgliedsländer des Europarates abzuhalten.

Empfehlung 438

Unter Berücksichtigung jener Faktoren, die in der modernen Zivilisation eine besondere Gefährdung der Gesundheit des Menschen darstellen können, wird dem Ministerkomitee nahegelegt, seine zukünftige Arbeit im Gesundheitswesen auf folgende Gebiete zu konzentrieren:

Luftverschmutzung, Lärmekämpfung, Codex Alimentarius, Europäisches Arzneimittelbuch, ärztliche Behandlungskosten, alte Menschen, Freizeit, Campinghygiene;

weiter wird dem Ministerkomitee empfohlen, die Probleme der Wasserverschmutzung, der Therapeutik der Verkehrsunfälle, der Unfallverhütung auf das Arbeitsprogramm der Expertenkomitees für öffentliches Gesundheitswesen beziehungsweise für Natur- und Landschaftsschutz zu setzen.

Empfehlung 441

Die Versammlung,

stellt fest, daß der Europäische Kodex für Soziale Sicherheit und sein Zusatzprotokoll von Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und der Türkei unterzeichnet wurde;

stellt weiter fest, daß noch kein Mitgliedsland des Europarates diese beiden Instrumente ratifiziert hat;

.....

empfiehlt dem Ministerkomitee:
die Mitgliedsländer, die den Europäischen Kodex für Soziale Sicherheit und sein Zusatzprotokoll noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, einzuladen, dies in kürzester Frist zu tun.

Empfehlung 448

betreffend die allgemeine Politik des Europarates
Die Versammlung,
.....

11. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- a) in Erwartung der Aufnahme eines Dialoges zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EFTA, die Möglichkeit einer Befassung des Europarates mit dem Studium und, soweit es möglich ist, mit der Ausarbeitung von Übereinkommen und Abkommen im Bereich der technischen Zusammenarbeit, gemäß dem Vorschlag in der Ministerkonferenz der EFTA in Kopenhagen im Oktober 1965, und dies zum Beispiel im Bereich der Patente und Industrienormen in Erwägung zu ziehen;
- b) recht bald eine Konferenz der für die Luftfahrtfragen zuständigen Minister zum Thema der europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Flugzeugbaus einzuberufen.

Empfehlung 449

betreffend die wirtschaftliche und politische Einheit Europas

1. Die Versammlung anerkennt:

-
 - a) daß die Meinungsverschiedenheit innerhalb der EWG die Arbeit der Gemeinschaftlahmlegt und der europäischen Sache einen schweren Schaden zufügt;
 - b) daß auf Grund der anhaltenden Spaltung der freien Nationen Europas in getrennte Wirtschaftsgruppen und deren Unfähigkeit, einen gemeinsamen Standpunkt zu den politischen Problemen einzunehmen, Europa mehr und mehr seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verliert und unfähig ist, die ihm in der Weltpolitik zukommenden Aufgaben zu erfüllen;
 - c) daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die beste Grundlage bildet, auf der die europäische wirtschaftliche und politische Einheit errichtet werden müßte;
2. fordert die Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf:
- a)
 - b)
 - c) ihre Absicht zur schrittweisen Entwicklung eines europäischen politischen Zusammenschlusses auf der Grundlage einer erweiterten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

18

bekanntzugeben und als erste Etappe regelmäßige Konsultationen zur Herausarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik zwischen jenen europäischen Ländern einzuführen, die den Wunsch haben, sich daran zu beteiligen;

3. fordert die Regierung der EFTA-Länder auf, zu erklären oder zu bekämpfen, daß sie bereit sind, zusammen mit den Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Frage ihres Beitrittes oder ihrer Assoziation mit der Gemeinschaft prüfen zu wollen.

Empfehlung 450

betreffend die europäischen Wirtschaftsbeziehungen

Die Versammlung,

.....

11. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- a) die Regierungsverhandlungen im Rahmen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der OECD über die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung zur Festlegung einer abgestimmten europäischen Politik zu benutzen;
- b) die Mitgliedsregierungen dringend aufzufordern, auf nationaler Ebene und im Rahmen einer möglichst engen Zusammenarbeit innerhalb der bestehenden internationalen Organisationen alle Schritte zur Erhaltung des wirtschaftlichen Wachstums und der Stabilität des allgemeinen Preisniveaus unter Beibehaltung des Gleichgewichtes der internationalen Währungsbeziehungen zu ergreifen;
- c) sich um die Weiterführung der Arbeiten des Koordinationskomitees der Vertreter der Sechs und deren Gespräche mit den übrigen GATT-Mitgliedern in Genf zu bemühen, bis die politischen Voraussetzungen zur Inangriffnahme der letzten Etappe der Kennedy-Verhandlungen gegeben sind;
- d) die Durchführung des zwischenstaatlichen Arbeitsprogramms des Europarates weiterzuverfolgen, um damit die Bewegung zur europäischen Einheit hin unter Berücksichtigung der in der vorliegenden Empfehlung enthaltenen Auffassungen zu unterstützen.

Empfehlung 452

betreffend die Landwirtschaftspolitik in Europa

Die Versammlung,

.....

9. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Mitgliedsregierungen aufzufordern:

- a) sich unverzüglich und in Übereinstimmung mit den im Bereich der Landwirtschafts-

produkte bereits festgelegten Grundsätzen um die erfolgreiche Durchführung der Kennedy-Runde im Rahmen des GATT zu bemühen;

- b) für die Landwirtschaftsprodukte eine langfristige Politik mit dem Endziel eines erweiterten europäischen Marktes auszuarbeiten;
- c) sich bei der Verfolgung dieses Ziels um die Verwirklichung einer Regelung der Landwirtschaftspreise, welche angemessene Wettbewerbsbedingungen zwischen den Erzeugern der europäischen Länder gewährleisten, zu bemühen;
- d) zur Vermeidung von Handelsverzerrungen, die Möglichkeit des vorläufigen Abschlusses von Abkommen zwischen den wichtigsten europäischen Partnern, welche Landwirtschaftsprodukte austauschen, ins Auge zu fassen.

Empfehlung 453

betreffend die Maßnahmen gegen die Aufhetzung zu Rassen-, National- und Religionshaß

Die Versammlung,

.....

3. stellt fest, daß in Mitgliedstaaten vereinzelte, aber immer zahlreichere Elemente unter Mißbrauch der von den nationalen Verfassungen und von der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährten individuellen Freiheitsrechte die öffentliche Meinung einschließlich der Jugend zu Rassen-, National- oder Religionshaß mit Hilfe von Organisationen politischer oder angeblich politischer Propaganda und Umtriebe, in bestimmten Fällen unter dem Deckmantel des in den Schulen und Universitäten gegebenen Unterrichts, aufzustacheln;

.....

6. richtet einen feierlichen Aufruf an alle Europäer und ganz besonders an die Organe der Gesetzgebung, der Regierung, der Rechtsprechung und des Schulwesens der Mitgliedstaaten, damit sie die geeigneten Maßnahmen, gegebenenfalls gesetzgeberischer Natur zur Be seitigung derartiger Mißstände und zur Gewährleistung dafür, daß ihre Jugend in der Achtung der Vorherrschaft des Rechtes und der Würde eines jeden Menschen gleich welcher Rasse, Religion, Nationalität oder ethnischer Herkunft erzogen werde, ergreifen;

7. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- a) die Mitgliedsregierungen aufzufordern, eine wirksame Gesetzgebung gegen die Auf reizung zu Rassen-, National- und Religionshaß sowie gegen Gewalttätigkeit einzuführen, oder dort, wo sie bereits besteht, ihren Anwendungsbereich und ihre Wirk-

samkeit im Lichte der gegenwärtigen Umstände zu modifizieren und darüber hinaus alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit diese Gesetzgebung eine strikte Anwendung finde;

- b) den Mitgliedsregierungen die vorliegende Empfehlung sowie das beigeschlossene Modellgesetz, das die Rechtsgrundsätze enthält, auf denen nach Auffassung der Versammlung eine derartige Gesetzgebung beruhen sollte und das die Aufstellung einer Gesetzgebung zur Unterdrückung der Aufhetzung zu Rassen-, National- und Religionshaß erleichtern oder die Revision der bestehenden Gesetzgebung fördern soll, zu übermitteln;
- c) ein Regierungs-Expertenkomitee mit der Ausarbeitung eines europäischen Übereinkommensentwurfes zur einheitlichen gesetzlichen Regelung gegen die Aufhetzung zu Rassen-, National- und Religionshaß auf der Grundlage des beigeschlossenen Modellgesetzes zu beauftragen.

Empfehlung 454

betreffend die einheitliche Auslegung von Verträgen

Die Versammlung,

.....

6. empfiehlt dem Ministerkomitee:

A. Hinsichtlich der bereits abgeschlossenen oder in Zukunft durch den Europarat abzu-

schließenden Übereinkommen und Abkommen, ein Informationsaustausch-System über die von den nationalen Rechts- und Verwaltungsinstanzen gefassten Entscheidungen, welche sich auf Bestimmungen dieser Übereinkommen und Abkommen beziehen, einzurichten und dieses Austauschsystem, soweit es sinnvoll erscheinen könnte, auch auf andere Übereinkommen als solche, die durch den Europarat geschaffen worden sind und die zwischen zweien oder mehreren Mitgliedsländern Anwendung finden, auszudehnen;

B. Hinsichtlich der in Zukunft durch den Europarat abzuschließenden Übereinkommen und Abkommen:

- a) in diese Übereinkommen und Abkommen die Einfügung
 - i) einer Klausel über die einheitliche Auslegung und
 - ii) einer interpretierenden Klausel über ihre grundsätzlichen Rechtsbegriffe sicherzustellen;
- b) für all diese Übereinkommen und Abkommen das System periodischer Berichterstattung durch die Regierungen der Vertragspartner an den Generalsekretär des Europarates über die Durchführung der Übereinkommensbestimmungen gegebenenfalls mit Informationen über die von ihren Verwaltungs- und Justizbehörden gefällten Entscheidungen einzurichten;
- c) ein europäisches Komitee zur Prüfung dieser Berichte und zur Abgabe von Schlussfolgerungen aufzustellen.

Kommissionssitzungen	Zeit	Ort	Teilnehmer
Gemischte Kommission	11. 12. 1965	Paris	Czernetz, Mark, Tončić
Ständige Kommission	28. 6. 1965 27. 11. 1965 26. 3. 1965	Paris Paris Paris	Czernetz Czernetz, Tončić Czernetz, Tončić
Politische Kommission	3. 5. 1965 6. 5. 1965 9. 7. 1965 3. 9. 1965 27. 9. 1965 29. 9. 1965 26. 11. 1965 17. 12. 1965 25. 1. 1966 26. 1. 1966 25. 3. 1966	Straßburg Straßburg London Paris Straßburg Straßburg Paris Paris Straßburg Straßburg Paris	Czernetz, Tončić Czernetz, Tončić

Kommissionssitzungen	Zeit	Ort	Teilnehmer
Wirtschaftskommission	3. 5. 1965	Straßburg	Czernetz, Römer
	4. 5. 1965	Straßburg	Czernetz, Römer
	1.—2. 9. 1965	Paris	Czernetz, Römer
	29. 9. 1965	Straßburg	Czernetz, Römer
	30. 9. 1965	Straßburg	Czernetz, Römer
	25.—26. 11. 1965	Paris	Czernetz
	7. 1. 1966	Paris	Czernetz, Römer
	24. 1. 1966	Straßburg	Czernetz
	21.—23. 3. 1966	Athen	Römer
Sozialkommission	3. 5. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	5. 5. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	6. 5. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	29. 6. 1965	Paris	Mark, Weiss
	27. 9. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	30. 9. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	30.11.—2.12.1965	Bern, Lausanne, Genf	Mark, Weiss
	24. 1. 1966	Straßburg	Mark
	25. 1. 1966	Straßburg	Mark, Römer
	26. 1. 1966	Straßburg	Mark, Römer
Juridische Kommission	5. 5. 1965	Straßburg	Mark, Tončić
	5.—7. 8. 1965	Stockholm	Gratz, Kos, Mark
	28. 9. 1965	Straßburg	Mark, Tončić
	13. 11. 1965	Paris	Mark, Tončić
	21. 12. 1965	Paris	Gratz, Mark
	24. 1. 1966	Straßburg	Mark, Tončić
	27. 1. 1966	Straßburg	Mark, Tončić
	11. 3. 1966	Paris	Mark, Tončić
Kulturkommission	3. 5. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	4. 5. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	8.—10. 7. 1965	Aachen, Trier,	Mark, Weiss
	1.—2. 9. 1965	Paris	Mark, Weiss
	28. 9. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	30. 9. 1965	Straßburg	Mark, Weiss
	26. 1. 1966	Straßburg	Mark, Römer
	4.—5. 4. 1966	Paris	Mark, Römer
Gemeindekommission	4. 5. 1965	Straßburg	Kranzlmayr, Reichl
	30. 6.—1. 7. 1965	Paris	Kranzlmayr, Reichl
	6. 9. 1965	Paris	Kranzlmayr, Reichl
	29. 9. 1965	Straßburg	Kranzlmayr, Reichl
	23. 11. 1965	Paris	Kranzlmayr
	26. 1. 1966	Straßburg	Kranzlmayr, Reichl
	28. 3. 1966	Paris	Kranzlmayr, Reichl
Geschäftsordnungskommission	4. 5. 1965	Straßburg	Winter

Kommissionssitzungen	Zeit	Ort	Teilnehmer
Landwirtschaftskommission	3. 5. 1965 5. 5. 1965 24.-27. 6. 1965 22.-23. 9. 1965 27. 9. 1965 30. 9. 1965 22.-25. 11. 1965 13.-15. 12. 1965 24. 1. 1966 27. 1. 1966 15. 4. 1966	Straßburg Straßburg Paris Luxemburg Straßburg Straßburg Rom Paris Straßburg Straßburg Paris	Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl Reichl
Kommission für Nichtvertretene Nationen	5. 5. 1965 30. 9. 1965 13. 12. 1965 26. 1. 1966	Straßburg Straßburg Paris Straßburg	Gratz Gratz Gratz Gratz
Ständige Arbeitsgruppe für die Beziehung zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit	4. 5. 1965 4. 6. 1965 28. 9. 1965 1. 10. 1965 13. 12. 1965 24. 1. 1966 27. 1. 1966 15.-16. 3. 1966	Straßburg Paris Straßburg Straßburg Paris Straßburg Straßburg Kopenhagen	Czernetz, Kranzlmaier Czernetz Czernetz Czernetz Czernetz, Kranzlmaier Czernetz, Kranzlmaier Czernetz, Kranzlmaier Czernetz, Kranzlmaier
Budgetkommission	30. 9. 1965	Straßburg	Reichl, Römer
Kommission für Bevölkerung und Flüchtlinge	6. 5. 1965 12.-14. 7. 1965 28. 9. 1965 29. 9. 1965 30. 9. 1965 29. 11. 1965 24. 3. 1966	Straßburg Dublin Straßburg Straßburg Straßburg Paris Paris	Firnberg Firnberg Firnberg Firnberg Firnberg Firnberg Firnberg
Gemeinsame Arbeitsgruppe für Jugendfragen	6. 5. 1965 25. 1. 1966	Straßburg Straßburg	Mark Mark
Gemischte Arbeitsgruppe für Regionalplanung	28. 9. 1965 27. 1. 1966 28. 3. 1966	Straßburg Straßburg Paris	Firnberg Firnberg Firnberg
Gemeinsame Sitzung der Politischen und Wirtschaftskommission	6. 5. 1965	Straßburg	Czernetz, Römer, Tončić
Gemeinsame Sitzung der Wirtschafts- und Kulturkommission	31. 8. 1965	Paris	Mark, Römer

22

Kommissionssitzungen	Zeit	Ort	Teilnehmer
Gemeinsame Sitzung der Subkommission Nr. 4 der Wirtschaftskommission und Kulturkommission	27. 1. 1966	Straßburg	Mark, Römer
Subkommissionssitzungen	Zeit	Ort	Teilnehmer
Wirtschaftskommission Subkommission Nr. 4 (Wissenschaft und Wirtschaftswachstum)	31. 8. 1965	Paris	Römer
Sozialkommission Subkommission Nr. 3 (Freizeit)	13. 9. 1965	Paris	Mark, Weiss
Subkommission Nr. 6 (Öffentliche Gesundheit)	5. 5. 1965	Straßburg	Firnberg
Juridische Kommission Subkommission Nr. 10 (Strafrecht)	30. 10. 1965	Paris	Mark
Subkommission Nr. 20 (Einheitliche Auslegung von Verträgen)	27. 9. 1965 12. 11. 1965	Straßburg Paris	Gratz, Tončić Tončić
Subkommission Nr. 15 (Programm der zukünftigen Arbeit)	25. 4. 1966	Rom	Mark
Kulturkommission Subkommission für Wissenschaftliche Fragen	1. 9. 1965 5. 4. 1966	Paris Paris	Mark Mark
Gemeindekommission Subkommission für den Europapreis	1. 7. 1965 28. 3. 1966	Paris Paris	Reichl Reichl
Subkommission für Regionalplanung	30. 6. 1965 26. 11. 1965	Paris Amsterdam	Kranzlmayr Kranzlmayr
Landwirtschaftskommission Subkommission für die Beziehungen zur F. A. O.	25. 11. 1965	Rom	Reichl
Flüchtlingskommission Subkommission für Fremdarbeiter	24. 3. 1966	Paris	Firnberg